**Nein zu einer einseitigen Notlösung**

So funktioniert die Schweiz nicht BaZ 31.1.17

Seit zwei Monaten versuchen uns Economiesuisse, Handels- und Wirtschaftskammern, Advokaten, Steuerexperten von «pwc», «KPMG» und «E+Y» wie TreuhänderInnen aus dem oberen Baselbiet mit dem Holzhammer beizubringen, dass nur Ihre «Steuerreform» neue Arbeitsplätze generiere. - Es ist reine Panikmache, dass bei einem Nein zur USR III die Firmen abwandern und eine jahrelange Rechtsunsicherheit folgen würden. Denn bei einem Nein ändert sich bis 2019 gar nichts, und die Schweiz bleibt der sichere Wirtschaftsstandort, der sie heute ist. Selbst Bundesrat Ueli Maurer hat dies vor einem Jahr bestätigt. Auch die OECD hat kürzlich der Schweiz eine Uebergangsfrist zugestanden, die Vorlage zu überarbeiten. Ein Nein bedeutet also, dass Bundesrat und Parlament noch mal über die Bücher gehen und eine ausbalanciertere Vorlage erarbeiten können Die Steuerausfälle zugunsten der Unternehmer und Grossaktionäre von mindestens 3 Milliarden würden nämlich zu einem Abbau staatlicher Leistungen in zentralen Bereichen wie Bildung, Sicherheit, Gesundheit und Alterspflege führen. Ebenfalls die Landeskirchen wären von der USR III stark betroffen und müssten ihre Gemeinwohlleistungen wie auch die Seelsorge oder Sterbebegleitung in vielen Gemeinden einstellen. Darum mit der Extremvariante zurück an den Absender! Werner Strüby, Reinach BL Komitee «Kirchliches Nein zur USR III»